



SITZUNG DER VOLLVERSAMMLUNG AM 11.01.2019

Arbeitsprogramm 2019 für die Berliner Wirtschaft



Arbeitsprogramm 2019 für die Berliner Wirtschaft

Inhalt

I.	Die Themenschwerpunkte der Vollversammlung und der Ausschussarbeit	2
II.	Regionale Wirtschaftspolitik	
a.	Ziel: Die Berliner Wirtschaft wächst mit Hilfe wirtschaftsfreundlicher Standortbedingungen stärker als der Bund	6
b.	Ziel: Berlin wird Europas wirtschaftlich erfolgreichster Gründungsstandort	8
c.	Ziel: In Berlin scheitert die Umsetzung von unternehmerischen Ideen und Wachstumsstrategien nicht mehr an schlechten Finanzierungsbedingungen	9
d.	Ziel: Das Leitbild Ehrbarer Kaufleute, die Wahrung von Anstand und Sitte sowie die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung dient Berliner Unternehmen als Vorbild	10
III.	Infrastruktur und Stadtentwicklung	11
a.	Ziel: Die Berliner Bauleitplanung und Städtebauförderung ist transparent, ausgewogen und verlässlich	11
b.	Ziel: Berlin steigert die Leistungsfähigkeit seiner Verkehrsinfrastruktur	12
c.	Ziel: Berlin hat profilierte und wirtschaftsstarke Stadtquartiere, Gewerbe- sowie Industriestandorte mit ausreichendem Handlungsspielraum	14
d.	Ziel: Berlin ist Pilotstadt für angewendete und wirtschaftlich erfolgreiche Smart Solutions - mitgestaltet durch die Bürgerschaft	16
IV.	Haushalt und Wettbewerb	17
a.	Ziel: Der positive Finanzierungssaldo im Berliner Haushalt steigt	17
b.	Ziel: Vereinfachung des Steuerrechts und Verhinderung von Steuererhöhungen entlastet die Unternehmen	18
c.	Ziel: Die unternehmerische Freiheit wächst wieder	19
V.	Standortfaktor Verwaltung	20
a.	Ziel: Die Berliner Verwaltung entwickelt sich strukturell, personell und prozessual zu einem modernen und effizienten Servicedienstleister für die Stadt	20



VI. Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt	22
a. Ziel: Berlin wird Deutschlands attraktivste Ausbildungsregion	22
b. Ziel: Den Berliner Unternehmen gelingt die Fachkräftesicherung	24
c. Ziel: Der Berliner Arbeitsmarkt ist der Top-Jobgenerator der Republik, es entstehen mehr Arbeitsplätze als im Bundesländervergleich	26
d. Ziel: Berliner Unternehmen und Fachkräfte nutzen die berufliche Weiterbildung verstärkt als strategisches Entwicklungsinstrument	27
VII. Innovation, Technologie und Wissenschaft	28
a. Ziel: Berlin wird zur Modellstadt für die Umsetzung innovativer Ideen in marktreife Produkte und Verfahren	28
VIII. Umwelt und Ressourcen	30
a. Ziel: Berlin wird Deutschlands Schrittmacher einer marktwirtschaftlichen Energiewende	30
b. Ziel: Berlin ist Deutschlands Modellstadt für nachhaltiges Wirtschaften und eine wirtschaftsfreundliche Umweltpolitik	32
IX. Internationalisierung der Berliner Wirtschaft	34
a. Ziel: Die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft jährlich steigern	34



I. Die Themenschwerpunkte der Vollversammlung und der Ausschussarbeit

Die Vollversammlung sowie die Fach- und Branchenausschüssen setzen sich für das Jahr 2019 folgende Themenschwerpunkte:

1 Sicherung eines flüssigen Wirtschaftsverkehrs

2019 stehen bei der Sicherung eines flüssigen Wirtschaftsverkehrs insbesondere die weitere Arbeit am Mobilitätsgesetz, der Umgang mit Dieselfahrverboten in Berlin und eine Optimierung der Verkehrssteuerung im Fokus.

(Federführung Fachausschuss Infrastruktur und Stadtentwicklung. Mitarbeit Branchenausschuss Mobilität und Entsorgung. Voting durch: Branchenausschuss Tourismus, Branchenausschuss Mobilität u. Entsorgung, Branchenausschuss Digitale Wirtschaft, Branchenausschuss Bau- und Immobilienwirtschaft)

2 Entwicklung von Gewerbeflächen und Stadtquartieren

2019 richtet sich bei der Entwicklung von Gewerbeflächen und Stadtquartieren der Blick gezielt auf die Flächenanforderungen einzelner Branchen, Konzepte zur Standortentwicklung für einzelne Stadtquartiere sowie Vorschläge für innovative Raum- und Nutzungskonzepte.

(Federführung Fachausschuss Infrastruktur und Stadtentwicklung. Voting durch Branchenausschuss Industrie, Branchenausschuss Digitale Wirtschaft, Branchenausschuss Bau- und Immobilienwirtschaft)

3 Beschleunigung des Wohnungsbaus

2019 müssen in Berlin signifikante Verbesserungen beim Neubauklima erreicht werden, insbesondere für private Wohnungsbauunternehmen. Stadtverträgliche Nachverdichtung und integrierte Siedlungserweiterung im Rahmen des Stadtentwicklungsplans Wohnen werden Schwerpunkte der IHK-Arbeit sein.

(Federführung Fachausschuss Infrastruktur und Stadtentwicklung. Voting durch Branchenausschuss Bau- und Immobilienwirtschaft)



4 Stärkung der dualen Ausbildung

Um dem wachsenden Fachkräftemangel nachhaltig zu begegnen, legt die IHK 2019 Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit auf verbindliche Standards und Qualitätssicherung in der Schulbildung, eine Optimierung des Übergangssystems sowie eine bessere Berufsorientierung in den Schulen. Zudem wird sie selbst das Angebot an Unterstützungsleistungen für Unternehmen deutlich ausbauen.

(Federführung Fachausschuss Bildung, Fachkräfte und Arbeitsmarkt. Voting durch Branchenausschuss Gesundheitswirtschaft, Branchenausschuss Bau- und Immobilienwirtschaft, Branchenausschuss Industrie, Branchenausschuss Mobilität und Entsorgung, Branchenausschuss Kreativwirtschaft)

5 Stärkung des High-Tech-Standorts Berlin

In 2019 wird die IHK Berlin insbesondere die dringend überfällige Erarbeitung einer Berliner Digitalisierungsstrategie mitgestalten. Weitere Schwerpunkte sind der Ausbau der digitalen Infrastruktur (Breitband) und konkrete Vorschläge für eine innovationsfreundliche öffentliche Vergabe.

(Federführung Fachausschuss Innovation und Technologie. Voting durch Branchenausschuss Digitale Wirtschaft)

Weitere Themen, die für 2019 durch die Ausschüsse priorisiert wurden:

6 „Berlin 2030 – eine langfristige Strategie für die Hauptstadt“

(Federführung Fachausschuss Wirtschaftspolitik, dafür votiert: Branchenausschuss Bau- und Immobilienwirtschaft, Branchenausschuss Kreativwirtschaft)

7 Clusterpolitik

(Federführung Fachausschuss Wirtschaftspolitik, dafür votiert: Branchenausschuss Digitale Wirtschaft, Branchenausschuss Industrie, Branchenausschuss Kreativwirtschaft)

8 Smart City Berlin

(Federführung Fachausschuss Wirtschaftspolitik, dafür votiert: Branchenausschuss Digitale Wirtschaft, Branchenausschuss Kreativwirtschaft sowie Branchenausschuss Industrie)



9 Förderung von nachhaltigem Unternehmertum

(Federführung Fachausschuss Wirtschaftspolitik, dafür votiert: Branchenausschuss Digitale Wirtschaft, Branchenausschuss Kreativwirtschaft, Branchenausschuss Gesundheitswirtschaft, Branchenausschuss Industrie)

10 Gute Finanzierungsbedingungen für Unternehmen

(Federführung Fachausschuss Wirtschaftspolitik, dafür votiert: Branchenausschuss Bau- und Immobilienwirtschaft, Branchenausschuss Gesundheitswirtschaft)

11 Zukunftssichere Handels- und Tourismuspolitik

(Federführung Fachausschuss Infrastruktur und Stadtentwicklung, Branchenausschuss Tourismus; dafür votiert: Branchenausschuss Tourismus)

12 Unternehmensfreundliche Steuerpolitik

(Federführung Fachausschuss Steuerpolitik, dafür votiert: Branchenausschuss Bau- und Immobilienwirtschaft)

13 Wirtschaftsfreundliches Vergaberecht

(Federführung Fachausschuss Steuerpolitik, dafür votiert: Branchenausschuss Bau- und Immobilienwirtschaft)

14 Investitionspolitik – gute Bedingungen für die Berliner Wirtschaft schaffen

(Federführung Fachausschuss Wirtschaftspolitik)

15 Optimierung der Struktur und der technischen Ausstattung der Berliner Verwaltung

(Federführung Fachausschuss Wirtschaftspolitik, dafür votiert: Branchenausschuss Digitale Wirtschaft, Branchenausschuss Bau- und Immobilienwirtschaft, Branchenausschuss Industrie)



16 Bessere Berufsorientierung, vor allem in MINT-Fächern

(Federführung Fachausschuss Bildung, Fachkräfte und Arbeitsmarkt, dafür votiert: Branchenausschuss Digitale Wirtschaft)

17 Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt

(Federführung Fachausschuss Bildung, Fachkräfte und Arbeitsmarkt, dafür votiert: Branchenausschuss Gesundheitswirtschaft)

18 Digitalisierung der Arbeitswelt und der Produktion

(Federführung Fachausschuss Innovation und Technologie, dafür votiert: Branchenausschuss Digitale Wirtschaft, Branchenausschuss Mobilität und Entsorgung, Branchenausschuss Handel, Branchenausschuss Industrie, Branchenausschuss Tourismus, Branchenausschuss Bau- und Immobilienwirtschaft, Branchenausschuss Gesundheitswirtschaft, Branchenausschuss Kreativwirtschaft)

19 Förderung der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft

(Federführung Fachausschuss Innovation und Technologie, dafür votiert: Branchenausschuss Digitale Wirtschaft, Branchenausschuss Industrie)

20 Wirtschaftsfreundliche Gestaltung der Innovationspolitik

(Federführung Fachausschuss Innovation und Technologie, dafür votiert: Branchenausschuss Gesundheitswirtschaft)

21 Sicherheit in der Wirtschaft

(Federführung Fachausschuss Innovation und Technologie, dafür votiert: Branchenausschuss Tourismus)

22 Zielgerichtete Messepolitik

(Federführung Fachausschuss Internationalisierung, dafür votiert: Branchenausschuss Digitale Wirtschaft, Branchenausschuss Kreativwirtschaft, Branchenausschuss Industrie)



II. Regionale Wirtschaftspolitik

Ziel: Die Berliner Wirtschaft wächst mit Hilfe wirtschaftsfreundlicher Standortbedingungen stärker als der Bund

Unternehmer treffen die besten Entscheidungen, wenn sie die Struktur ihres Wirtschaftsstandortes sowie konjunkturelle und branchenspezifische Entwicklungen frühzeitig kennen. Auch die Politik und Verwaltung benötigen dieses Wissen, um die richtigen Weichen für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort zu stellen.

Die IHK Berlin gibt hierzu wichtige Impulse, indem sie wirtschaftsrelevante Informationen zur Verfügung stellt, interpretiert und in unterschiedlichsten Formaten (z. B. Gesprächen, Veranstaltungen, Publikationen, Netzwerken, Öffentlichkeitsarbeit) an die Berliner Unternehmen sowie Politik und Verwaltung weitergibt. Sie identifiziert Wachstumskerne und Branchenentwicklungen in der Stadt und führt Standortanalysen und -studien durch.

Die IHK Berlin nutzt dieses Wissen gegenüber der Politik, Verwaltung und am Wirtschaftsleben Berlins beteiligten Institutionen und gibt konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen (z. B. konsequente Umsetzung der Berliner Clusterpolitik, bei der Digitalisierung und des Masterplans Industriestadt Berlin) ab. Sie arbeitet mit allen wirtschaftspolitischen Partnern zusammen, um diese umzusetzen und Synergien für die Berliner Wirtschaft zu schaffen.

Maßnahmen

- Konjunkturdaten erheben und veröffentlichen, Handlungsempfehlungen für Akteure ableiten, Umsetzung überprüfen („monitoren“)
- Auf die bessere Zusammenarbeit im Metropolraum Berlin-Brandenburg hinwirken, in 2019 u. a. durch die Diskussion des Konzeptes eines Metropolenraum-Managements
- Wirtschaftliche Situation Berlins darstellen, interpretieren und veröffentlichen, z.B. in verschiedenen Formaten wie "Berlin im Blick" oder "Berliner Wirtschaft in Zahlen"
- Interessen der Berliner Wirtschaft im Erstellungsprozess der Europapolitischen sowie Wirtschaftspolitischen Positionen beim DIHK einbringen
- Aus der Studie „Berlin 2030“ Handlungsfelder ableiten, formulieren und gegenüber der Politik adressieren ⑥
- Die Ausrichtung der Cluster- und Branchenpolitik durch Mitarbeit in den relevanten Gremien und politische Positionierung im Sinne des wirtschaftlichen Gesamtinteresses mitgestalten, in 2019 insbesondere durch die Begleitung der Umsetzung der innoBB 2.0 („Fortschreibung innoBB“), Mitarbeit an den neuen Masterplänen mit dem Ziel, Handlungsempfehlungen der IHK-Unternehmen in diesen zu verankern ⑦



- Politische Begleitung der Branchen Gastronomie und Tourismus 11
- Begleitung gesundheitspolitischer Regulierungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene sowie der Umsetzung des Masterplans Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburg im Sinne der Unternehmen
- Politische Begleitung der Berliner Industriepolitik, in 2019 insbesondere mit dem Ziel, die Umsetzung des Masterplans Industrie und die Arbeit eines effektiven und sichtbaren Steuerungskreises Industriepolitik (SKIP) zu unterstützen, um angemessene Rahmenbedingungen für die Mitgliedsunternehmen aus der Industrie zu schaffen
- Politische Begleitung der Berliner Politik bei den für die Kreativwirtschaft relevanten Themen, um die Standortbedingungen für die Branche zu verbessern
- Umsetzung des neuen Sportentwicklungskonzepts des Senats kritisch begleiten und auf Akquise von Sportevents mit hoher Stadttrendite (z.B. hohe Umsätze der Berliner Wirtschaft) hinwirken

Ziel: Berlin wird Europas wirtschaftlich erfolgreichster Gründungsstandort

Berlin verteidigt seit Jahren den Titel der Gründerhauptstadt Deutschlands. Dieser „Titel“ ist insbesondere dann etwas wert, wenn die Gründungen in der Hauptstadt nachhaltig wirtschaftlich erfolgreich sind, d.h. nach der Gründung wachsen und so einen Mehrwert für die Berliner Wirtschaft schaffen. Für beides, Gründung und Wachstum, benötigen Unternehmer Auskünfte vor allem zum formellen Gründungsprozess, zu Förderinstrumenten und Netzwerken. Die IHK Berlin wird hier mit Informationen und Beratung Orientierung geben. Gleichzeitig setzt die IHK Berlin Impulse zur gezielten Verbesserung des Berliner Gründungsökosystems, um insbesondere im internationalen Vergleich das Gründungsgeschehen weiter zu stärken. Dabei messen wir uns mit international führenden Standorten wie London oder Tel Aviv, fokussieren uns jedoch gleichzeitig darauf, die Einzigartigkeit des Berliner Ökosystems herauszuarbeiten und zu unterstützen. Hierfür kann die IHK Berlin im Interesse der Unternehmen eigene Angebote entwickeln oder die Umsetzung von Vorschlägen bei Partnern, Verwaltung und Politik fördern. Die Dienstleistungen der IHK Berlin zur Unterstützung im Gründungsprozess richten sich sowohl an klassische Gründer als auch an Start-ups.

Maßnahmen

- Partnering-Angebote ausbauen, um etablierte Wirtschaft mit Start-ups besser zu vernetzen
- Gründer und werdende Start-ups durch Informationen, Netzwerkveranstaltungen und Gründerinitiativen aktiv unterstützen
- Unternehmen bei Fragen zum Handels- und Gesellschaftsrecht informieren und bei der Eintragung ins Handelsregister unterstützen
- Selbstständigkeit als Teil der Berufsorientierung etablieren, in 2019 insbesondere Gründergeist an Schulen mit der Initiative „Ich mach mich selbständig“ fördern
- Unternehmen im Nachfolgeprozess unterstützen

- Überprüfung und ggf. Anpassung des IHK-Angebotsportfolios im Nachfolgeprozess und dessen zielgruppengerechte Vermarktung
- Unternehmen bei ausländerrechtlichen Fragestellungen unterstützen
- Willkommenskultur für Berlin verbessern (z.B. Herausarbeiten der Pain Points, Entwicklung einer digitalen Lösung als "Fahrplan" im Ankommensprozess, Koordinierung/Kooperation anderer wichtiger Institutionen im Ankommensprozess in Berlin).
- Rahmenbedingungen für Gründer verbessern, in 2019 insbesondere durch die verstärkte Vernetzung und Koordinierung mit den relevanten Stakeholdern, u.a. in der Start-up Unit des Landes Berlin

Ziel: In Berlin scheitert die Umsetzung von unternehmerischen Ideen und Wachstumsstrategien nicht mehr an schlechten Finanzierungsbedingungen

Um innovative Ideen reifen zu lassen und auch weiterzuentwickeln und um Gründungs- und Wachstumspotenziale zu nutzen, brauchen Unternehmen im richtigen Augenblick die passenden finanziellen Mittel. Innovationsbereitschaft, Kreativität und Wachstumsimpulse dürfen nicht an fehlenden Mitteln und mangelnden Anreizen scheitern. Dafür wird die IHK das Angebot am Markt analysieren, Lücken in der Bedarfsdeckung für Berliner Unternehmen identifizieren und gemeinsam mit potenziellen privaten und öffentlichen Kapitalgebern an Lösungen arbeiten. Gegenüber Fördermittelgebern vertritt die IHK Berlin die Interessen ihrer Mitglieder.

Grundsätzlich setzt sich die IHK Berlin dafür ein, dass Förderung und Finanzierung an der Gesamtentwicklung des Wirtschaftsstandorts Berlin ausgerichtet sind. Dauerhafte Subventionen und eine Förderung mit der Gießkanne müssen vermieden werden. Wir wollen, dass alle Unternehmen mit einem optimalen Angebot, einem leichten Zugang und transparenten Verfahren der kürzeste Weg zur passenden Finanzierung offen steht.

Maßnahmen

- Berliner Wirtschaft durch Stellungnahmen gegenüber Fördermittelgebern unterstützen 10
- Gezielte Informationsbereitstellung zu Finanzierung und Förderung (Gespräche, Veranstaltungen, Internet, FinFin etc.) 10
- Rahmenbedingungen für Finanzierung und Förderung durch Stellungnahmen und Gremienarbeit im Interesse der Berliner Unternehmen mitgestalten 10

Ziel: Das Leitbild Ehrbarer Kaufleute, die Wahrung von Anstand und Sitte sowie die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung dient Berliner Unternehmen als Vorbild

Unternehmerisches Engagement im Nachhaltigkeitsbereich ist ein Wachstumstreiber und bietet Handlungsspielräume, um auf gesellschaftliche und politische Anforderungen zu reagieren. Das Engagement kann dabei im Rahmen einer CSR-Strategie als Managementmethode erfolgen oder im

Selbstverständnis „Ehrbarer Kaufleute“ von der Unternehmerpersönlichkeit getragen werden. Unternehmerisches Engagement bietet in beiden Fällen vielfältige Möglichkeiten, um sich erstens am Markt abzugrenzen, zweitens Wettbewerbsvorteile zu verschaffen und drittens das Image des eigenen Unternehmens sowie der Wirtschaft insgesamt authentisch zu verbessern. Politisch setzen wir uns dafür ein, dass der freiwillige Charakter von CSR-Maßnahmen gewahrt bleibt.

Gemäß §1 IHK-Gesetz hat die IHK Berlin den Auftrag wertegeleitetes und nachhaltiges Unternehmertum besonders zu unterstützen. Die IHK Berlin wird dieser Anforderung gerecht und fördert deshalb aktiv den Austausch von Unternehmen, Politik und NGOs mit Veranstaltungen, Publikationen und Netzwerkarbeit.

Mit der CSR-Sprecherin und der personellen Verankerung des CSR-Themas im Präsidium der IHK wurden zudem Institutionen geschaffen, die der hohen Bedeutung des Themas Rechnung tragen.

Maßnahmen

- Das Leitbild der Ehrbaren Kaufleute intern und extern umsetzen und dessen Akzeptanz in der Berliner Unternehmerschaft erhöhen ⑨
- Gewerbeuntersagungsverfahren rechtssicher durchführen
- Verfahren der öffentlichen Bestellung von Sachverständigen rechtssicher durchführen
- Weiterentwicklung des Sachverständigenwesens
- Qualifizierte Benennungen gegenüber Gerichten, Verwaltung und Wirtschaft
- Rechts- und Steuerauskünfte erteilen, damit sich unsere Mitglieder wettbewerbskonform verhalten können

III. Infrastruktur und Stadtentwicklung

Ziel: Die Berliner Bauleitplanung und Städtebauförderung ist transparent, ausgewogen und verlässlich

Vorgaben der Stadtplanung und Stadtentwicklung wirken sich oft direkt oder indirekt auf die Möglichkeiten von Unternehmen aus, sich an Standorten anzusiedeln oder zu verändern. Die IHK Berlin wird die Interessen der Berliner Wirtschaft in der Bauleitplanung als Träger öffentlicher Belange vertreten und für Transparenz in der Bauleitplanung sorgen. Das wird vor dem Hintergrund einer prosperierenden Stadt immer wichtiger, denn der prognostizierte Bedarf an neuem Wohnraum verschärft den Wettbewerb um Flächen in der Stadt. Daraus erwachsene Nutzungskonflikte können zu einer Verdrängung historisch gewachsener Gewerbe- und Industriestandorte führen.

Die IHK Berlin setzt sich für eine möglichst konfliktfreie Sicherung und Steuerung des Bestandsschutzes, der Entwicklungsmöglichkeiten und Neuansiedlungen von Unternehmen in ganz



Berlin ein. Voraussetzung hierfür ist ein nachhaltiges und ausgewogenes Flächenmonitoring und -management. Um unternehmerische Investitionsentscheidungen in Berlin zu sichern, müssen positive Standortbedingungen (weiter-)entwickelt werden. Die IHK Berlin fordert daher ein verlässliches, transparentes und verkürztes Verwaltungshandeln, inklusive eines wirtschaftsfreundlichen Denkmalschutzes ein. Hierfür sollen geeignete Partizipationsprozesse die frühzeitige Einbeziehung der Wirtschaft in relevante Planungsprozesse und Förderentscheidungen ermöglichen. Die IHK Berlin tritt für die wirtschaftsfreundliche Verwendung von Städtebauförderung und die Förderung öffentlich-privater Kooperationen ein.

Maßnahmen

- Innovative Lösungen für Vermeidung von Nutzungskonflikten zwischen Unternehmen sowie Wohnnutzung finden und durch geeignete Maßnahmen in den Berliner Bezirken zur Anwendung bringen ② ③
- Gesamtinteresse der Wirtschaft bei der Einführung des neuen Berliner Gewerbeflächenmonitorings sowie bei Initiativen zu Gewerbemieten vertreten ③
- Initiative zur Verkürzung von Bearbeitungszeiten von gewerblichen Bauanträgen starten und Vorschläge für eine moderne und investitionsfreundliche Verwaltung machen ⑮

Ziel: Berlin steigert die Leistungsfähigkeit seiner Verkehrsinfrastruktur

Zuzug und Wirtschaftswachstum bedeuten in den nächsten Jahren steigende Nachfrage nach Wohnraum und Verkehr. Dies bedarf zügig und realistisch geplanter Lösungen im Hochbau (z.B. Wohnungen) und im Tiefbau (z.B. Straßen und Brücken, Schienenverbindungen).

Die IHK Berlin wird durch Veranstaltungen, Positionspapiere in Gremien und weiterer politischer Lobbyarbeit die Umsetzung regionaler, überregionaler und internationaler Verkehrsprojekte im Personennah- und Fahrradverkehr, im Straßen-, Schienen- und Wasserstraßennetz sowie beim Ausbau des Flughafenstandortes vorantreiben und sich für die Qualifizierung der Verkehrsorganisation einsetzen. Bei der Entwicklung des Tourismusstandortes, bestehender und neuer Wohnquartiere sowie stadtprägender Standorte wird sich die IHK Berlin für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen einsetzen.

Vor dem Hintergrund einer immer stärkeren Verflechtung wirtschaftlicher Aktivitäten wird sich die IHK Berlin in grenzüberschreitenden Standortkooperationen wie der Kammerunion Elbe Oder engagieren, um die Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Verkehrsprojekten zu verbessern.

Der Tourismus ist eine Schlüsselbranche für Berlin, denn sie vereint im Querschnitt eine Vielzahl von Unternehmen. Die Branche unterliegt einem ständigen Wandel, daher setzt sich die IHK Berlin dafür ein, neue und passgenaue Lösungen für die Stadt zu entwickeln, die unerwarteten Einflussfaktoren entgegenwirken, Wachstum weiter voranzutreiben und Existenzen nachhaltig zu sichern.



Maßnahmen

- Vorschläge für wirtschaftsfreundliches Baunebenrecht sowie zur Beschleunigung des Wohnungsbaus (z.B. beim kooperativen Baulandmodell, der Vergabe öffentlicher Flächen, der Mietpreisbremse und zu Abstandsflächen) erarbeiten **3**
- Durch Mitwirkung in den Gremien der Stadt sowie durch eigene Veröffentlichungen und Veranstaltungen die Interessen der Wirtschaft beim Tourismuskonzept und bei herausragenden Bauten und Standorten (Historische Mitte, ICC) vertreten **11**
- Durch die Darstellung von Problembeispielen aus der Praxis auf Veranstaltungen, in Publikationen und durch Presse- und Gremienarbeit die Interessen der Wirtschaft für notwendige Werterhaltung von Verkehrsinfrastruktur (Brücken, Schlaglöcher, Wasserstraßen) vertreten **1**
- Gesamtinteresse der Berliner Wirtschaft bei der Definition der künftigen Vorrangnetze des Kfz-Verkehrs, des ÖPNV und des Radverkehrs sowie bei der Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Mobilität & Verkehr und des Integrierten Wirtschaftsverkehrskonzeptes vertreten **1**
- Von öffentlichen Baumaßnahmen betroffene Unternehmen beraten und durch Interessenvertretung im Fond für Räumungsbetroffene finanziell unterstützen
- Durch Ausbau des „Amtlichen Verzeichnisses für präqualifizierte Unternehmen aus dem Liefer- und Dienstleistungsbereich“ die Beteiligung für Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen erleichtern

Ziel: Berlin hat profilierte und wirtschaftsstarke Stadtquartiere, Gewerbe- sowie Industriestandorte mit ausreichendem Handlungsspielraum

Investitionsentscheidungen werden in Industrieunternehmen häufig in einem klar festgelegten Zeitraum getroffen. Daher erwarten Investoren eine zügige Umsetzungsmöglichkeit ihrer Pläne und langfristige Planungssicherheit hinsichtlich der Standortentwicklung und Erreichbarkeit für den Personen- und Güterverkehr.

Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die wichtigsten Industrie- und Gewerbeflächen profiliert und dazu konkrete Handlungsbedarfe identifiziert werden. Dabei sollen vor allem Standorte entwickelt werden, an denen Wirtschaft und Wissenschaft Synergien nutzen. Der Blick richtet sich gezielt auf die Anforderungen einzelner Branchen und deren Bedarfe.

Um das Wachstum auch im Bereich der öffentlichen Infrastruktur zu meistern, müssen hier Kapazitäten effizienter genutzt und bei Bedarf erweitert werden. Für eine gute Erreichbarkeit der Industrie- und Gewerbeflächen müssen gemeinsam mit den Unternehmen und Standorten gesamtstädtische und mit Brandenburg abgestimmte Konzepte entwickelt werden.



Maßnahmen

- Übertragbare Beispiele für stadtentwicklungspolitische Maßnahmen zur Stärkung der Berliner Zentren und Stadtquartiere initiieren (z.B. durch den PPP-Wettbewerb Mittendrn Berlin), in 2019 insbesondere modellhafte Vorschläge für innovative Raum- und Nutzungskonzepte machen (bspw. Supermärkte mit Büro- und Wohnnutzung)
- Neue Mobilitätskonzepte entwickeln und deren Umsetzung durch die Bezirke begleiten (z.B. bei SharedSpaces, CarSharing, Fahrradfreundlichkeit, Reisebusse, Barrierefreiheit) ①
- Hinsichtlich der attraktiven Erreichbarkeit von Quartieren Unternehmensinteressen durch Veranstaltungen und Befragungen aufgreifen (z.B.: ÖPNV-Haltestellen, Vermeidung eines undifferenzierten Zurückdrängens des Autoverkehrs und Einführung der Blauen Plakette, Weiterbau der A100, Nahverkehrsabgabe) und gegenüber der Politik und Verwaltung durchsetzen ①
- Durch Mitwirkung in Gremien Interessen der Unternehmen in Bezug auf zeitnah durchführbare Groß- und Schwerlasttransporte vertreten, z.B. die Etablierung eines Routennetzes, in welches durch das Land bei anstehenden Instandhaltungen vorrangig investiert wird ①
- Ein neues Kapitel zum Wirtschaftsverkehr für das Mobilitätsgesetz gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Unternehmen aller Branchen erarbeiten ①
- Kataloge mit konkreten Maßnahmen für die einzelnen Gewerbestandorte mit den ansässigen Unternehmen und der Verwaltung entwickeln und deren Umsetzung begleiten, insbesondere sich für mehr Transparenz, planerische Sicherung zum Erhalt des Angebots an Gewerbe- und Industrieflächen sowie Instrumente zur Reaktivierung sowie zur Entwicklung von neuen Gewerbeflächen einsetzen. Dazu werden in 2019 z.B. mit den Berliner Wirtschaftsförderern gemeinsame Vorschläge zur Unterstützung, Bestandspflege und Weiterentwicklung wesentlicher Gewerbestandorte sowie zur beschleunigten Flächenvergabe erarbeitet
- Das Positionspapier für eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ergänzen, um aufzuzeigen, welche Verkehrsprojekte für die Berliner Wirtschaft wichtig sind und deshalb prioritär umgesetzt werden müssen ②

Ziel: Berlin ist Pilotstadt für angewendete und wirtschaftlich erfolgreiche Smart Solutions - mitgestaltet durch die Bürgerschaft

Innovativ, nachhaltig, intelligent – diese Attribute stehen aus Sicht der Wirtschaft für die Smart City Berlin. Ein Berlin, das den Herausforderungen des Klimawandels und der demografischen Entwicklungen zukunftsfähige Lösungen entgegensetzt. Eine Schlüsselrolle spielt dabei der Einsatz digitaler Technologien. Berlin muss hier auf seine bestehenden Kompetenzen aufbauen, wobei die Berliner Wirtschaft durch ihre Innovationskraft die entscheidende Triebfeder des bereits angestoßenen Prozesses ist.

Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, Berlin zu einer Pilotstadt für Smart Solutions zu entwickeln. Wichtig ist, dass Berliner Unternehmen die Chance bekommen, Smart-City-Lösungen innerhalb der



Stadt umzusetzen. Innovative Lösungen für die Verkehrs-, Versorgungs- und die soziale Infrastruktur sollen hier die Marktreife erreichen.

Die IHK Berlin wird sich auch dafür engagieren, dass das Land Berlin mit seinen Beteiligungsgesellschaften die Anwendung von Smart Solutions bei öffentlichen Vergaben und Stadtentwicklungsprozessen nicht verweigert.

Maßnahmen

- Smart-City-Netzwerk aktiv begleiten und dabei die Beteiligung unternehmerischer Belange sicherstellen ⑧
- Umsetzung und Konkretisierung der Smart-City-Strategie des Senats entlang der vom Netzwerk-Smart-City ausgewählten Projekte voranbringen ⑧
- Die Integration smarter Zukunftstechnologien, z. B. Elektromobilität, in das Berliner Verkehrssystem begleiten und gegenüber Politik und Verwaltung in der Metropolregion auf eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung hinwirken ⑧

IV. Haushalt und Wettbewerb

Ziel: Der positive Finanzierungssaldo im Berliner Haushalt steigt

Ein gesunder öffentlicher Haushalt ist die Basis für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort Berlin. Er ermöglicht notwendige Investitionen in Infrastruktur und Bildung, versetzt das Land in die Lage, seine Aufgaben zu finanzieren und damit zu erfüllen und schafft wirtschafts- und finanzpolitische Handlungsspielräume.

Die Aufstellung eines ausgeglichenen Berliner Haushalts ist das finanzpolitische Minimalziel der IHK Berlin. Sie setzt sich darüber hinaus für eine Steigerung des positiven Finanzierungssaldos im Berliner Haushalt ein, da dadurch die finanzpolitischen Spielräume größer werden. Gerade in Zeiten finanzieller Handlungsspielräume ist es wichtig, mit zukunftsgerichteten Haushaltsentscheidungen die Voraussetzungen eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zu schaffen.

Daher tritt die IHK Berlin gegenüber der Berliner Politik auch für eine deutliche Erhöhung der Investitionsquote ein, die sich rasch dem bundesdeutschen Durchschnitt nähern sollte. Dafür überzeugt die IHK Berlin in Gesprächen mit Politik und Verwaltung mit finanzpolitischen Argumenten, zeigt Konsequenzen einer verfehlten Investitionspolitik auf und unterbreitet eigene Vorschläge zur Beschleunigung von Investitionsvorhaben.

Der hohe Schuldenstand Berlins belastet gegenwärtig und zukünftig den Landeshaushalt. Die IHK Berlin unterstützt den Berliner Senat in den Bestrebungen, den Schuldenstand des Landes zu reduzieren. Sie ist kritischer Mahner bei unzureichender Schuldentilgung und macht sich gegenüber dem Bund für eine angemessene Altschuldenregelung stark.



Maßnahmen

- Nachhaltige Investitionspolitik des Landes einfordern, in 2019 insbesondere durch die Positionierung der IHK Berlin zu den Wirkungen einer wachstumsorientierten Investitionspolitik sowie durch eine wirtschaftsfreundliche Vergabepolitik, die beispielsweise das Vergaberecht nicht überfrachtet mit vergabefremden Kriterien oder Mindestentgelten, die über den Landesmindestlohn hinausgehen ⑬ ⑭
- Haushaltspolitik des Landes kritisch begleiten und in 2019 insbesondere Vorschläge für eine zukunftsfähige Ausgabenpolitik erarbeiten ⑭

Ziel: Vereinfachung des Steuerrechts und Verhinderung von Steuererhöhungen entlastet die Unternehmen

Für die Sicherung von Staatseinnahmen und einer zukunftsorientierten Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand, ist eine clevere Steuer- und Abgabepolitik entscheidend. Die IHK Berlin setzt sich für eine Steuer- und Abgabepolitik ein, die die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft berücksichtigt. Die Einführung neuer oder die Erhöhung vorhandener Steuern oder Abgaben sind an diesem Maßstab zu messen und auszurichten.

In Gesprächen mit Politik und Verwaltung stellt sich die IHK Berlin dabei nicht nur gegen unnötige Steuer- und Abgabentatbestände, sondern tritt auch für ein einfaches, rechtssicheres und wirtschaftsfreundliches Steuer- und Abgabenrecht ein. Dazu unterbreitet die IHK Berlin nicht nur Vereinfachungsvorschläge auf regionaler Ebene, sondern wirkt über den DIHK auch an bundespolitischen Steuergesetzen mit. Gerade die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft bildet hierfür die Richtschnur des Handelns.

Maßnahmen

- Das Gesamtinteresse der Berliner Wirtschaft vertreten bei fiskalisch motivierten Entscheidungen der Landespolitik – in 2019 insbesondere z.B. bei der Gewerbesteuer, einem wertunabhängigen Modell bei der Reform der Grundsteuer, der Grunderwerbssteuer sowie der Einführung neuer Bagatellsteuern und Abgaben (z.B. Grundsteuer C) ⑫
- Die Steuerpolitische Rahmensetzung verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen die Wirtschaftsinteressen einbringen – in 2019 insbesondere Initiativen gegen Steuervermeidung (z.B. Kassennachschauf), Besteuerung digitaler Geschäftsmodelle, Anzeigepflicht von Steuergestaltung, einheitlicher europäischer Mehrwertsteuerbereich „quick fixes“, Digitalisierung des Steuerrechts, Tax Compliance, Umsatzsteuerbetrug im Onlinehandel sowie steuerliche Forschungsförderung ⑫

Ziel: Die unternehmerische Freiheit wächst wieder

Die IHK Berlin steht für freien und fairen Wettbewerb. Der freie Wettbewerb ist das zentrale Gestaltungsmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft. Er fördert Innovationen und



Produktivitätssteigerungen, setzt die richtigen Anreize und verbessert die Konsumentenversorgung. Wettbewerb ist Voraussetzung für die Selbstregulierungskräfte des Marktes.

Aufgabe des Staates ist es, den Wettbewerb durch eine funktionierende Wettbewerbsordnung zu gewährleisten. Rechtliche Einschränkungen sind nur dort erforderlich, wo die Selbstregulierung des Marktes nicht greift, der Markt versagt oder Gefahren für die Marktteilnehmer drohen. Damit die unternehmerische Freiheit wieder wächst, wird die IHK Berlin überflüssigen Markteingriffen (insbesondere bei übertriebenem Verbraucherschutz) entgentreten und sich für wirtschaftsfreundliche Regulierungen und deren effektiven Vollzug einsetzen.

Aufgabe der Unternehmen ist es, den Wettbewerbsrahmen fair auszufüllen. Gesetzliche Einschränkungen sind überflüssig, wenn sich Unternehmen auch ohne sie anständig verhalten und die Spielregeln beachten. Die IHK Berlin unterstützt Unternehmen dabei, sich wettbewerbskonform zu verhalten und Konflikte mit Wettbewerbern fair zu lösen. Deshalb berät sie zu Rechts- und Steuerfragen, macht Angebote zur außergerichtlichen Streitbeilegung und stellt mit ihren öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen hochwertige Expertise zur Klärung von strittigen Sachfragen bereit. Gleichzeitig setzt sich die IHK Berlin für den Rechts- und Gerichtsstandort Deutschland ein.

Der Staat soll grundsätzlich selbst kein Marktteilnehmer sein und sich nicht am Wettbewerb beteiligen. Die IHK Berlin wendet sich deshalb gegen Verstaatlichungen. Gleichwohl ist der Staat in vielen Bereichen, beispielsweise in der Energiewirtschaft, in der Abfallwirtschaft oder im öffentlichen Personennahverkehr, in Konkurrenz zu privaten Unternehmen tätig. Die IHK Berlin setzt sich hier für mehr Wettbewerb und faire Spielregeln zwischen Staat und Privat ein.

Maßnahmen

- Berliner Beteiligungsbericht kritisch prüfen und Fehlentwicklungen bei den Landesbeteiligungen aufzeigen
- Rechtspolitische Rahmensetzung durch das Land Berlin verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen die Wirtschaftsinteressen einbringen, in 2019 insbesondere beim Vergaberecht, Gewerberecht, Aufenthaltsrecht, Verbraucherrecht, Datenschutzrecht und Wettbewerbsrecht **13**
- Rechtspolitische Rahmensetzung durch die EU und den Bund verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen die Wirtschaftsinteressen einbringen – in 2019 insbesondere bei neuen gewerberechtliche Regelungen, EU Binnenmarktstrategie, Handels- und Gesellschaftsrecht, Insolvenzrecht, Aufenthaltsrecht, Wettbewerbsrecht, Vertragsrecht, Arbeitsrecht, Verbraucherrecht, der E-Privacy Verordnung, Regelungen zum E-Commerce, Urheber- und Datenschutzrecht, Vergaberecht, der Umsetzung der EU-DSGVO, der Gewerbeordnung und durch einen Dialog mit den statistischen Ämtern, um mit Hilfe digitaler Instrumente Belastungen zu verringern, die Unternehmen durch statistische Berichtspflichten entstehen **13**



V. Standortfaktor Verwaltung

Ziel: Die Berliner Verwaltung entwickelt sich strukturell, personell und prozessual zu einem modernen und effizienten Servicedienstleister für die Stadt

Wertschöpfung am Standort Berlin darf nicht an ineffektiven Strukturen in der Verwaltung scheitern. Wir wollen erreichen, dass allen Unternehmen – durch eine optimale Angebotsstruktur, einen leichten Zugang und transparente Verfahren – der kürzeste Weg zur Berliner Verwaltung offen steht. Wie also wird aus der Berliner Verwaltung ein echter Servicedienstleister für die Stadt?

- Dafür bedarf es einheitlichen Verwaltungshandelns und einer funktionierenden Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen.
- Dafür bedarf es auch eines zukunftsorientierten Personalmanagements in den Behörden, um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein. Unternehmen benötigen Ansprechpartner in den Berliner Ämtern, die sich nicht in erster Linie als Behördenvertreter, sondern vielmehr als fachlich qualifizierte Dienstleister verstehen. Nur mit einer grundsätzlichen Willkommenskultur, die durch die Verwaltung vorgelebt wird, kann Berlin als Standort attraktiv für Unternehmen und Bürger bleiben.
- Dafür bedarf es schließlich einer modernen Verwaltungsinfrastruktur. Die Nutzung moderner Kommunikations- und Informationstechnik unabhängig von Ort und Öffnungszeiten der Behörden stellt für die Berliner Wirtschaft einen erheblichen Mehrwert dar. So bietet etwa die Digitalisierung von Prozessen, um Behördengänge elektronisch abwickeln zu können, enorme Entlastungsmöglichkeiten für Unternehmen.

Die IHK Berlin setzt sich grundsätzlich dafür ein, dass Unternehmen effiziente Strukturen in der Berliner Verwaltung vorfinden. Dafür ermittelt sie Schwachstellen im Verwaltungsaufbau, erarbeitet und unterbreitet Lösungsvorschläge aus Sicht der Berliner Wirtschaft. Die IHK Berlin macht sich für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen stark.

Die Umsetzung des „Zukunftspakts Verwaltung“ sowie des Berliner E-Government-Gesetzes muss konsequent erfolgen – genauso wie die flächendeckende Einführung bekannter und doch bislang verzögerter Projekte, wie z. B. Serviceportal, E-Akte und Open Data.

Maßnahmen

- Vorschläge für strukturelle Verbesserungen in der praktizierten Zusammenarbeit zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen herausarbeiten und adressieren **15**
- Handlungsempfehlungen zur technischen Modernisierung der Berliner Verwaltung formulieren und adressieren sowie die Aufnahme in entsprechende Programmatik (z. B. Zukunftspakt Verwaltung, Berliner E-Government-Strategie, sonstige Modernisierungsprogramme) vorantreiben, in 2019 insbesondere durch eine Verwaltungsmodernisierungskampagne in Partnerschaft mit Akteuren der Stadtgesellschaft **15**



- Personalpolitik und -management des Senats mit innovativen Vorschlägen zu relevanten Themen, wie z. B. strategische Personalplanung und -steuerung, Servicequalität, Know-How-Transfer oder Gesundheitsmanagement begleiten 15
- Einheitliches Verwaltungshandeln bei der Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen auf öffentlichem Straßenland für Gastronomiebetriebe einfordern

VI. Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt

Ziel: Berlin wird Deutschlands attraktivste Ausbildungsregion

Unsere Stadt ist einem stetig steigenden Bedarf an beruflich qualifizierten Fachkräften ausgesetzt. Dieser wird sich bis 2030 mehr als verdoppeln. Als eines der wichtigsten Mittel zur frühzeitigen Fachkräftesicherung, wird daher auch die Duale Ausbildung einen immer größeren Stellenwert einnehmen. Dies spiegelt sich bereits jetzt in der jährlich wachsenden Nachfrage nach Auszubildenden wider. Immer mehr Ausbildungsstellen bleiben allerdings unbesetzt. Eine zunehmende Anzahl junger Menschen passt nicht auf die ausgeschriebenen Stellen, entscheidet sich bewusst für den Erwerb eines höheren schulischen Abschlusses, für einen Bildungsgang des Berliner Übergangssystems oder den Weg ins Studium.

Gegenüber Politik und Verwaltung setzt sich die IHK Berlin daher für eine gute und zukunftsfähige Bildungspolitik sowie die Schaffung der richtigen Weichenstellung in der Schule und am Übergang in den Beruf ein.

Die IHK Berlin engagiert sich außerdem dafür, die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu steigern. Sie wirbt bei Betrieben und potenziellen Bewerbern für die berufliche Ausbildung und wirkt durch Marketingmaßnahmen und politische Interessenvertretung auf eine positivere Wahrnehmung der Ausbildung in der Gesellschaft hin. Sie entwickelt und bewirbt Angebote, die die berufliche Ausbildung für Teilzielgruppen attraktiver machen. Sie unterstützt Betriebe bei deren eigenem Ausbildungsmarketing und verhilft Ihnen, z.B. durch die Auszeichnung besonderer Leistungen, zu mehr Aufmerksamkeit unter potenziellen Bewerbern.

Für die Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben setzt sie sich hohe Qualitätsstandards und trägt durch kompetente Betreuung der Ausbildungsverhältnisse sowie professionell durchgeführte Prüfungen zum positiven Image der Ausbildung bei. Dabei stehen die Stärkung und die Wertschätzung des Prüferehrentamtes im Fokus. Gleichzeitig macht sie sich für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsbetrieben und ihren dualen Partnern, den Berufsschulen, stark.

Maßnahmen

- Maßnahmen zur Imageverbesserung der dualen Ausbildung erarbeiten, Azubimarketing durchführen 4 18
- Qualität der Ausbildung sichern und heben 4

- Eine gute (Berufs-)Bildungspolitik einfordern und die Interessen der Ausbildungsbetriebe in die Gremien des Landes Berlin (Landesausschuss für Berufliche Bildung, Sonderkommission „Ausbildungsplatzsituation“ etc.) einbringen. In 2019 insbesondere z.B. die Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) begleiten sowie darauf hinwirken, dass für die duale Ausbildung förderliche Rahmenbedingungen gestärkt werden, Berliner Schulen die Ausbildungsreife aller Jugendlichen mit einem Schulabschluss sicherstellen, attraktivitätssteigernde Rahmenbedingungen gestärkt und ausbildungshemmende Maßnahmen, wie die Ausbildungsplatzabgabe auch weiterhin nicht eingeführt bzw. auf weitere Branchen ausgeweitet werden 4 18
- Statistiken zur Ausbildung erstellen, auswerten, aufbereiten, interpretieren und kommunizieren 4
- Auszubildende zum Thema Ausbildung beraten und betreuen 4
- Unternehmen zum Thema Ausbildung beraten und betreuen 4
- Ausbildungsverträge prüfen und registrieren 4
- Ausbildungsprüfungen rechtskonform, qualitativ hochwertig und serviceorientiert durchführen 4
- "Übergangssystem" reformieren.; für eine Überführung in ein übersichtliches, konsistentes Gesamtsystem eintreten, betriebsintegrierte Brücken in Duale Ausbildung stärken sowie vollzeitschulische Bildungsgänge reduzieren und unter Einbezug der Wirtschaft neu ausrichten 4 18
- Netzwerk Haus der kleinen Forscher ausbauen. Die IHK Berlin wird sich auch 2019 dafür einsetzen, dass in den allgemeinbildenden Schulen die notwendigen Ressourcen für gute MINT-Bildung auch zukünftig zur Verfügung stehen 16
- Projekte und Aktionen zur Stärkung der Berufsorientierung durchführen (z.B. durch Errichtung eines Talente-Checks, Partnerschaft Schule-Betrieb, Girls' Day) 16
- Arbeit der Jugendberufsagentur fortlaufend begleiten und auf die Umsetzung der bildungspolitischen Zielsetzung – effektive Schnittstelle am Übergang von der Schule in den Beruf zu sein – im Austausch mit den beteiligten Partnern hinwirken 4 18
- Matching fördern und unterstützen 4 18

Ziel: Den Berliner Unternehmen gelingt die Fachkräftesicherung

Der Fachkräftemangel ist in vielen Betrieben bereits Realität und stellt, auch im Kontext der fortschreitenden Digitalisierung der Arbeitswelt, eine der größten Herausforderungen für Unternehmen dar: Ausbildungsplätze bleiben länger unbesetzt und spezialisierte Fachkräfte zunehmend schwer zu finden. Für eine zukunftsfähige Personalpolitik ist daher der unternehmerische Weitblick unabdingbar, der sowohl die Personalentwicklung im eigenen Unternehmen als auch die Entwicklung des Fachkräftemarktes verfolgt. Unternehmen profitieren also davon, wenn sie ihren Fachkräftebedarf heute und in Zukunft verlässlich einschätzen können.



Um für diesen Bedarf Fachkräfte zu gewinnen und an sich zu binden, muss sich das Unternehmen als guter und mitarbeiterorientierter Arbeitgeber positionieren.

Dafür wird die IHK Berlin gezielt Informationen und Angebote bereitstellen, insbesondere den IHK-Fachkräftemonitor und den IHK-Demografierechner. In Veranstaltungen und Publikationen werden Teilaspekte der Fachkräftesicherung insbesondere für den Mittelstand thematisiert und dargestellt. Gute Lösungen und Praxisbeispiele machen wir öffentlich und zeichnen diese aus. Gegenüber der Politik tritt die IHK Berlin für adäquate Rahmenbedingungen ein, die die Fachkräftesicherung der Berliner Wirtschaft ermöglichen und fördern. Um Fachkräften und Jungunternehmern einen niedrigschwelligen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, bieten wir jährlich rund 300 Sach- und Fachkundeprüfungen, Unterrichtungen sowie Erlaubnis- und Registrierungsverfahren mit mehr als zweihundert ehrenamtlichen Prüfern praxisnah, bürokratiearm und rechtssicher an.

Maßnahmen

- Fachkräftesituation Berlins mit IHK-Fachkräftemonitor darstellen, interpretieren und veröffentlichen ④
- Das Angebot an möglichen Teilqualifikationen weiter ausbauen und etablieren ④
- Alle Sach- und Fachkundeprüfungen und Unterrichtungen kundenfreundlich und rechtssicher gestalten
- Alle Erlaubniserteilungen für Versicherungsvermittler, Registrierungsverfahren und Anerkennungsverfahren rechtssicher durchführen
- Erstklassige Unternehmer für die Mitarbeit in den Prüfungsausschüssen der Sach- und Fachkunde gewinnen
- Prüfer durch entsprechende Schulungen in ihren sozialen, methodischen und fachlichen Kompetenzen ausreichend qualifizieren und weiterbilden ④
- Neue Sach- und Fachkundeprüfungen in den verschiedenen Gremien der IHK-Organisation und in der Zusammenarbeit mit der Politik rechtssicher umsetzen
- Zusammenarbeit mit bestehenden Frauennetzwerken intensivieren und Veranstaltungen anbieten, um den Austausch zu Entwicklungspotenzialen von weiblichen Führungskräften zu ermöglichen und für mehr Frauen in Führungspositionen zu werben
- Netzwerke für den unternehmerischen Austausch zum strategischen Personalmanagement initiieren, Handlungsempfehlungen für Unternehmen formulieren, Gestaltungsvorschläge für Rahmenbedingungen ableiten und an die Politik adressieren
- Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Instrument der Fachkräftesicherung bei den Unternehmen werben, gute Beispiele auszeichnen sowie für geeignete Rahmenbedingungen gegenüber der Politik eintreten
- Unternehmen bei der Integration ausländischer Fachkräfte beispielsweise durch Angebote des Business Welcome Service sowie der Anerkennungsberatung unterstützen ④



- Bildungsprojekte begleiten und evaluieren, um die Fachkräftesicherung, den Wissenstransfer sowie die Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Beschäftigung in Berlin zu verbessern ④ 16
- Die Berliner Unternehmen im Zuge der Digitalisierung der Arbeitswelt dabei unterstützen, die sich ergebenden Chancen zu nutzen und die Herausforderungen zu meistern 18

Ziel: Der Berliner Arbeitsmarkt ist der Top-Jobgenerator der Republik, es entstehen mehr Arbeitsplätze als im Bundesländervergleich

Seit einigen Jahren schon profiliert sich der Berliner Arbeitsmarkt als Jobgenerator und sticht dabei insbesondere durch einen beachtlichen Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse hervor. Unbefriedigend bleiben jedoch die im Bundesländervergleich nach wie vor hohen Quoten bei der Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit. Diese Herausforderungen gilt es durch gezielte Maßnahmen ebenso anzugehen wie die Integration von Personen mit Migrationshintergrund und Asylsuchender in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt.

Die IHK Berlin analysiert, interpretiert und veröffentlicht regelmäßig Auswertungen zur Arbeitsmarktsituation Berlins. Auf dieser Grundlage formuliert sie Handlungsempfehlungen, um den Aufbau regulärer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu stärken und Schwarzarbeit zurück zu drängen. Ein Einfließen dieser Vorschläge in entsprechende Programme und Standpunkte des Senats, der Bundesagentur für Arbeit und anderer arbeitsmarktpolitischer Akteure ist der Anspruch der IHK Berlin.

Maßnahmen

- Arbeitsmarktsituation Berlins darstellen, interpretieren sowie arbeitsmarktpolitische Forderungen zur Stärkung der Berliner Wirtschaft ableiten
- Gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit Handlungsempfehlungen zur wirtschaftsfreundlichen Ausgestaltung des Arbeitsmarktes formulieren, adressieren und für Aufnahme in die entsprechenden Programme sorgen, d.h. im Jahr 2019 insbesondere die Umsetzung des Teilhabechancengesetzes in Berlin begleiten sowie die Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Beschäftigung aus Unternehmensperspektive verbessern. Dafür Hindernisse in Struktur und Ablauf des Asylverfahrens identifizieren, Verbesserungsvorschläge formulieren und gegenüber den Beteiligten adressieren sowie auf eine gemeinsame Umsetzung drängen ④ 17

Ziel: Berliner Unternehmen und Fachkräfte nutzen die berufliche Weiterbildung verstärkt als strategisches Entwicklungsinstrument

Berufliche Erstausbildung ist für Berliner Unternehmen nach wie vor der Königsweg zur Fachkräftesicherung. Vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten bei der Besetzung angebotener



Ausbildungsplätze gilt es jetzt, gute Rahmenbedingungen für die berufliche Weiterbildung zu setzen und gleichzeitig ein Weiterbildungsbewusstsein und eine echte Weiterbildungskultur zu etablieren. Das kann nur gelingen, wenn den festgestellten Weiterbildungsbedarfen der Unternehmen passgenaue und qualitativ hochwertige Angebote gegenüberstehen.

Die IHK Berlin setzt sich für einen freien und vielfältigen Weiterbildungsmarkt ein. Sie berät Unternehmen kompetent und neutral zu den Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung. Im Bereich der höheren Berufsbildung führt sie hoheitliche Prüfungen durch, die Unternehmen und Fachkräften einen standardisierten und bundesweit anerkannten Rahmen für Kompetenzentwicklung bietet. Unter Einbindung des Ehrenamtes stellt sie qualitativ einwandfreie und rechtskonforme Prüfungen auf hohem Niveau sicher und trägt damit direkt zur Sicherung des Fachkräftebedarfs der Berliner Wirtschaft bei.

Darüber hinaus beobachtet und analysiert sie den Markt, greift Markttrends auf und bietet qualitativ hochwertige Weiterbildungsangebote an, die konsequent am Bedarf der Berliner Unternehmen ausgerichtet sind.

Maßnahmen

- Qualifizierungsberatung für Unternehmen anbieten
- Lehrgänge zur Prüfungsvorbereitung auf IHK Abschlüsse, Lehrgänge mit IHK Zertifikat, Weiterbildungsseminare und Firmentrainings durchführen
- Das Thema „Digitalisierung“ sowohl in bestehende Weiterbildungsangebote integrieren als auch in Form neuer Produkte anbieten 19
- Weiterbildungsformate (Lehrgänge & Seminare) neu entwickeln, dabei ausgewählte Lehrgangsangebote als blended learning Format einführen
- Mit einem Learning Management System eine moderne Lernumgebung schaffen
- Die Qualität der Dozentenleistung für Weiterbildungsangebote sicherstellen
- Rechtskonforme, qualitativ hochwertige und serviceorientierte Durchführung der Weiterbildungsprüfungen sichern
- Eine Weiterbildungsstrategie entwickeln und umsetzen
- Weiterbildung als Aufstiegsmöglichkeit fördern (Förderung bester Ausbildungsabsolventen unterstützen) 4



VII. Innovation, Technologie und Wissenschaft

Ziel: Berlin wird zur Modellstadt für die Umsetzung innovativer Ideen in marktreife Produkte und Verfahren

Für fast drei Viertel der Berliner Unternehmen ist die Digitalisierung von großer oder zentraler Bedeutung für den Geschäftserfolg und damit für die Zukunftsfähigkeit des Standorts. Die Digitalisierung ist der Megatrend, der seinen Einfluss auf die Gestaltung der Wirtschaft immer stärker zur Geltung bringt. Innovationen entstehen im 21. Jahrhundert nicht mehr im Verborgenen, sondern erfordern ein Netzwerk an Kooperationspartnern, die ihr Wissen für ein gemeinsames Ziel effizient bündeln.

Die IHK Berlin wird die strategische Weiterentwicklung Berlins zur Digitalhauptstadt bedarfsgerecht und im engen Schulterschluss von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik begleiten. Um diesen Weg erfolgreich zu gestalten, setzt sie sich u. a. für den zügigen Auf- und Ausbau leistungsfähiger digitaler Zugangstechnologien, einen Paradigmenwechsel in der öffentlichen Beschaffungspraxis und die Intensivierung des Wissens- und Technologietransfers in der Hauptstadt ein. Zudem ist die Realisierung von Leuchtturmprojekten und Best Practices im Stadtgebiet, die Berlin als Referenzstandort für Innovationen und Zukunftstechnologien international sichtbar machen und den Unternehmen das Etablieren neuer Produkte und Services am Markt erleichtern, erforderlich. Um die Zukunft in der Hauptstadt zu gestalten, wird die IHK Berlin Mut, Innovationsgeist und Verantwortungsbewusstsein von der Landespolitik konsequent einfordern.

Maßnahmen

- Innovationsrelevante Themen und deren Rahmenbedingungen in Berlin begleiten sowie unter Einbeziehung von Politik und Wirtschaft weiterentwickeln **20**
- Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für (High-)Tech-Unternehmen am Standort einfordern **5**
- Netzwerke (Wirtschaft, Wissenschaft, Intermediäre) im Technologiesektor weiter ausbauen; Synergien mit anderen Intermediären nutzen und Potentiale bündeln **5**
- Wissenschaftsstandort durch Handlungsempfehlungen stärken **19**
- Innovative Hochschulen mit ihren Verbänden bei der regionalen Verankerung und Transferarbeit unterstützen, um die Förderung von Kooperationsprojekten von Wissenschaft und Wirtschaft auszubauen **20**
- Hochschulübergreifende Digitalisierungsstrategie für die Berliner Hochschulen (Lehre, Forschung, Organisation, Infrastruktur) fordern und deren Entwicklungsprozess begleiten **18**
- Wissens- und Technologietransfer am Standort durch neue politische Strukturen verankern und innovative Ansätze fördern **5 19**



- Digitalen Wirtschaftsschutz in Zusammenarbeit mit den Berliner Sicherheitsbehörden ausbauen, um damit den steigenden Sicherheitsbedarfen der Berliner Wirtschaft Rechnung zu tragen (u. a. Fortsetzung der Sicherheitspartnerschaft) 21
- Digitalisierung der Berliner Wirtschaft fördern, Handlungsempfehlungen formulieren und kommunizieren; in 2019 insbesondere durch die Begleitung des Aufbaus einer Digitalagentur und die Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie durch die Senatsverwaltung 5 18

VIII. Umwelt und Ressourcen

Ziel: Berlin wird Deutschlands Schrittmacher einer marktwirtschaftlichen Energiewende

Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 zur klimaneutralen Stadt zu werden. Dieser Transformationsprozess, der sich in den Kontext der Energiewende in Deutschland einordnet, erfordert große Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei setzt sich die IHK Berlin dafür ein, dass energie- und klimapolitische Weichenstellungen die (Berliner) Wirtschaft nicht überlasten. Stattdessen gilt es, mit Hilfe marktwirtschaftlicher und technologieoffener Instrumente, verlässlicher und unbürokratischer Regularien sowie langfristig planbarer Investitionshorizonte die Potenziale der Wirtschaft so einzusetzen, dass die Energiewende und die Zielsetzung eines klimaneutralen Berlins zum Erfolg werden.

Die IHK Berlin wird sich für eine an den Zielen von Marktwirtschaft und Wettbewerb ausgerichtete Energiepolitik im Bund und in Berlin einsetzen. Sie fordert deshalb, dass

- Versorgungssicherheit, die Gewährleistung bezahlbarer Strom- und Energiepreise und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft neben dem Ausbau erneuerbarer Energien gleichberechtigte Ziele der Energiewende sind;
- das künftige Design von Energie- und Strommarkt sicher, kosteneffizient und unter Beibehaltung von Wettbewerb ausgestaltet wird;
- die Umsetzung der Energiewende in Berlin effizient gesteuert und effektiv koordiniert wird sowie über Bundesvorgaben hinausgehende gesetzliche Pflichten vermieden werden.

Um diesen Prozess zu begleiten, wird die IHK Berlin die Berliner Unternehmen dabei unterstützen, eigene Energieoptimierungspotenziale zu identifizieren, rechtzeitig auf regulatorische Veränderungen reagieren zu können und intelligente Energietechnologien auf den Markt zu bringen. Sie wird sich aktiv für überbetriebliche Energieeffizienz-Netzwerke in Berlin einsetzen, Angebote für den Aufbau von innerbetrieblichem Energie-Know-how machen und Best-Practices in der Stadt aktiv kommunizieren.

Maßnahmen

- Kompetenzaufbau und Know-how-Transfer fördern, in 2019 insbesondere durch das Projekt der IHK-Energie-Scouts, die Umsetzung der 500-Energieeffizienz-Netzwerke-Initiative mit der

Bundesregierung sowie der Initiierung und Unterstützung von Kooperationsprojekten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft (TU-Praxisprojekt, Demand-Regio)

- Energiespezifisches Wissen durch zielgruppengerechte Informationsangebote, Veranstaltungen und Gesprächskreise für Unternehmen zur Verfügung stellen und Unternehmensaustausch fördern ⑨
- Effektive Weiterentwicklung der Berliner Energie- und Klimaschutzstrategie und der Maßnahmenplanung im Sinne der Wirtschaft begleiten, mit Fokus auf Wettbewerb um die besten und kosteneffizientesten Technologien und Dienstleistungen für ein sicheres und CO₂-armes Energiesystem. In 2019 insbesondere durch konkrete Maßnahmenvorschläge für eine effiziente Umsetzung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms (BEK 2030), z. B. Bereitstellung von Expertenwissen bei der Erarbeitung des Masterplans „Solar City“ und darauf aufbauende, unterstützende Aktivitäten zur Aktivierung der Potenziale im Gewerbe ⑨
- Durchführung des Wettbewerbs "Klimaschutzpartner des Jahres 2019" ⑨
- Exzellenz und Innovation fördern, in 2019 durch beratende und unterstützende Aktivitäten von Projekten und Initiativen wie der Klimaschutz- und Energieeffizienzgruppe der deutschen Wirtschaft und des Schaufensterprojektes WINDNODE
- Energie- und klimapolitische Rahmensetzung verfolgen und über Handlungsempfehlungen und Stellungnahmen Wirtschaftsinteressen einbringen, um den Wettbewerb um die besten und kosteneffizientesten Technologien und Dienstleistungen für ein sicheres und CO₂-armes Energiesystem zu befördern; in 2019 insbesondere in den Bereichen Energieeffizienz, Sektorkopplung und Finanzierung der Energiewende

Ziel: Berlin ist Deutschlands Modellstadt für nachhaltiges Wirtschaften und eine wirtschaftsfreundliche Umweltpolitik

Anforderungen zum Schutz von Mensch und Umwelt werden zunehmend durch Europa vorgegeben – sie gehören zu den strengsten der Welt. Doch nachhaltiges Wirtschaften ist nicht nur Pflichterfüllung: Durch den umweltschonenden Umgang mit wertvollen Ressourcen können Unternehmen Kosten senken, bleiben innovativ und erhöhen ihre Wettbewerbsfähigkeit. Damit Umweltschutz aber zu einer Win-Win-Situation für Umwelt und Wirtschaft wird, muss die Umweltpolitik ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ökonomischen Zielen und ökologischen Ansprüchen schaffen.

Indem sie die rechtliche Rahmensetzung auf EU-, Bundes- und Landesebene analysiert und Chancen und Herausforderungen benennt, ist die IHK Berlin der zentrale Impulsgeber für erfolgreichen und zugleich wirtschaftsfreundlichen Umweltschutz in der Hauptstadt. Sie setzt sich über konkrete Handlungsempfehlungen für die Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen ein. Dabei macht sich die IHK für eine regional nachhaltige Infrastruktur sowie serviceorientierte Verfahren stark und achtet neben Bürokratieentlastung gleichfalls auf die Konsistenz von Vorgaben aus unterschiedlichen umweltgesetzlichen und übergreifenden Rechtsbereichen.



Die IHK Berlin wird sich daher für eine an den Zielen von Marktwirtschaft und Wettbewerb ausgerichtete Umweltpolitik in EU, Bund und in Berlin einsetzen. Sie fordert deshalb, dass

- die Preisgestaltung in den Bereichen Trink- und Abwasserversorgung sowie Kreislaufwirtschaft nicht zu Standortnachteilen führt;
- Wettbewerb und eine funktionierende Marktwirtschaft grundlegende Prinzipien im Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen bleiben;
- umweltrechtliche Vorgaben unbürokratisch und kosteneffizient umgesetzt werden;
- umweltpolitische Vorgaben für Berliner Unternehmen nicht zu Nachteilen im Standortvergleich führen.

Umweltspezifisches Wissen stellt die IHK Berlin durch zielgruppengerechte Informationsangebote wie z.B. Veranstaltungen, Gesprächskreise, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit für die Berliner Unternehmen sowie Politik und Verwaltung zur Verfügung. Sie unterstützt die Betriebe zudem bei der Umsetzung umweltgesetzlicher Anforderungen.

Maßnahmen

- Für eine effiziente und wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft einstehen, in 2019 insbesondere durch Mitgestaltung des neuen Berliner Abfallwirtschaftskonzeptes und die Begleitung der Umsetzung des neuen Verpackungsgesetzes sowie der Gewerbeabfallverordnung
- Rechtliche Umweltauflagen zielgruppengerecht aufbereiten, für Unternehmen transparent machen und einen Unternehmensaustausch fördern. Über neue abfall-, wasser- und immissionsschutzrechtliche Novellierungen und Angebote der Berliner Umweltwirtschaft informieren ⑨
- Zusätzliche Belastungen von Unternehmen durch Immissionsschutzauflagen hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit prüfen und auf ein notwendiges Maß beschränken (Begleitung der Maßnahmen in Bezug auf die Dieselschadstoffbelastung in Berlin, d.h. Vermeidung von Fahrverboten sowie Mitgestaltung der Novellierung des Berliner Luftreinhalteplans, Gestaltung des Lärmaktionsplans)
- Ein zukunftsfähiges Berliner Wassermanagement etablieren (Positionierung zum geplanten Berliner Regenwasserkonzept sowie weitere Pilotprojekte des Landes Berlin zum Umgang mit steigenden Grundwasserständen unterstützen)
- Naturschutz- und Klimaanpassungspolitik umsetzen, ohne wirtschaftliche Tätigkeiten in der wachsenden Stadt einzuschränken (Positionierung zum Ökokonto und der Charta Stadtgrün) ⑨
- Belastung von Unternehmen durch Auflagen aus dem Chemikalienrecht durch Positionierung zu rechtlichen Änderungen verringern
- Wettbewerbschancen für Unternehmen der Green Economy verbessern; in 2019 insbesondere Fortführung der Evaluation der Standortbedingungen für die Green Economy in Berlin auf Basis



von geeigneten Leistungsindikatoren sowie Formulierung daraus abgeleiteter Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Berliner Umweltwirtschaft ⑨

- Freiwillige Umweltleistungen von Unternehmen fördern und darstellen, beispielsweise durch eine kundenorientierte Führung des EMAS-Registers nach IHK-Qualitätsstandards ⑨

IX. Internationalisierung der Berliner Wirtschaft

Ziel: Die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft jährlich steigern

Der Außenhandel ist eine wichtige Säule der Berliner Wirtschaft. Hier leistet mittlerweile fast jeder dritte Arbeitsplatz einen Beitrag zur Außenwirtschaft. Berliner Unternehmen verkaufen jährlich Waren im Wert von über 15 Milliarden Euro ins Ausland. Die IHK Berlin setzt sich dafür ein, dass die Internationalisierung der Berliner Wirtschaft durch zielgerichtete Maßnahmen jährlich gesteigert wird.

Die strategischen Leitlinien für die Außenwirtschaft Berlins werden im Dialog mit den Wirtschaftsförderern der Stadt festgelegt und umgesetzt. Die verstärkte Zusammenarbeit auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene sowie in internationalen Netzwerken zielt darauf, dass die Rahmenbedingungen für Berliner Unternehmen im Auslandsgeschäft verbessert werden und ihnen auch der Zugang zu internationalen Entscheidungsträgern und Informationen erleichtert wird. Berliner Unternehmen erhalten zudem ein Angebot an politisch begleiteten Delegationsreisen in ihre internationalen Schwerpunktmärkte. Parallel werden sie bei der Kooperationspartnersuche durch bestehende, aber auch neue Veranstaltungsformate unterstützt. Delegationen aus dem Ausland sind ein weiterer wichtiger Bestandteil bei der Geschäftspartnersuche und der Erschließung neuer Märkte.

Für eine effiziente Abwicklung der Exportgeschäfte bietet die IHK Berlin bedarfsgerechte Zoll-Workshops und Informationsveranstaltungen zu den aktuellen Zoll- und Außenwirtschaftsfragen an. Bei der Ausstellung der Außenwirtschaftsdokumente werden die Unternehmen durch die Bereitstellung der neuesten rechtlichen Rahmenbedingungen zeitnah unterstützt.

Maßnahmen

- Auf bessere Außenwirtschaftsrahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene hinwirken (z.B. Umsetzung CETA, gemeinsame Berliner Außenwirtschaftsstrategie, Unionszollkodex, Außenwirtschaftsförderprogramm)
- Mit den Wirtschaftsförderern der Stadt, insbesondere der Senatswirtschaftsverwaltung, Senatskanzlei, Berlin Partner, und der IBB die operativen Leitlinien für die Außenwirtschaft Berlins festlegen und umsetzen (z.B. Strategiedialog (Auslands-)Messen initiieren) ⑫
- Review des Berliner Internationalisierungskonzepts aktiv begleiten



- Länderpolitische Beratung für Politik und Key Account-Unternehmen, dabei auf die strategischen Zielmärkte und auf Berliner Branchen/ Cluster fokussieren; z.B. Veranstaltungen und/oder Delegationsreisen zu den TOP-Partnerländern Japan, UK und USA durchführen, Veranstaltungen zu wachsenden Potentialmärkten (unter den Zielmärkten) wie Indien und Russland 7
- In internationalen Netzwerken den Erfahrungs- und Informationsaustausch zu Best Practices internationaler Entwicklungen intensivieren und für die politische Umsetzung/ Positionierung in Berlin nutzbar machen; z.B. Teilnahme an internationalen Kammer-Formaten C6, ICC, AEMC für internationale Vernetzung und politische Positionierung nutzen
- Die Kooperation mit den Bundesministerien, z.B. Auswärtiges Amt und BMWi, und Botschaften intensivieren um Berliner Unternehmen einen Zugang zu internationalen Entscheidungsträgern und Informationen zu erschließen (z.B. Relaunch des Premium-Veranstaltungsformats „Berlin Business meets Diplomacy“ durchführen)
- Auswirkungen des Brexit politisch begleiten und bedarfsgerecht dazu informieren und beraten
- Zoll- und Außenhandelsdokumente ausfertigen
- Bedarfsgerecht zu Zollfragen und zum Außenwirtschaftsrecht beraten

